



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/04/2016
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Dienstag, 21.06.2016
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bethel.regional - Angebote der Region Ruhr/Südwestfalen
4. Förderung Aidshilfe - Erweiterung der Förderung
5. Bericht der interfraktionellen Gruppe über die Aufnahme, Betreuung und Integration von Flüchtlingen
6. Bericht aus dem Integrationsrat
7. Bericht aus dem Seniorenbeirat
8. Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen
9. Tagesordnungspunkte der Verwaltung
- 9.1. Verbindliche Bedarfsplanung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen in Hagen 2016 bis 2019 nach § 7 Abs. 6 Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW)
Vorlage: 0423/2016
10. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



II. Nichtöffentlicher Teil

11. Mitteilungen
12. Tagesordnungspunkte der Verwaltung
 - 12.1. Überprüfung der Anmietung der Gebäude Trappenweg 8 und 10 zur Unterbringung von Flüchtlingen
Vorlage: 0414/2016
13. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Timm-Bergs eröffnet die Sitzung. Sie stellt die Tagesordnung fest.

2. Mitteilungen

Frau Kaufmann teilt mit, dass eine Vorlage eine begriffliche Ungenauigkeit enthalten habe. Künftig werde darauf geachtet, dass statt des Begriffs behindertengerecht der Begriff barrierefrei verwendet werde.

3. Bethel.regional - Angebote der Region Ruhr/Südwestfalen

Frau Gellert-Beckmann stellt die Angebote von Bethel.regional vor. Die Präsentation ist dem Protokoll beigefügt.

Herr Sondermeyer bemängelt den Begriff seelische Behinderung und möchte wissen, wie Bethel.regional mit der Diskrepanz umgehe, gleichzeitig Anbieter der Hilfe und Vertreter der Menschen mit Behinderungen zu sein. Er weist auf einen allgemeinen Grundsatz hin, dass ein Träger nicht zu groß werden solle.

Frau Gellert-Beckmann erläutert, dass der Begriff seelische Behinderung aus dem SGB übernommen sei, sie selbst würde den Begriff Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen wählen. Wie viele andere Träger auch, sei Bethel.regional seit einiger Zeit damit beschäftigt, die Klienten mit in die Entscheidungen einzubeziehen. Es werde noch an einem offiziellen Verfahren gearbeitet, man bemühe sich, neue Wege zu gehen und nicht z. B. auf das Beschwerdemanagement zu setzen, das zu hochschwellig sei. Im Übrigen sei Bethel.regional im Rahmen der Dezentralisierung zum Teil auch klein und insgesamt nicht größer als andere Träger.

Auf Nachfrage von Frau Sauerwein, ob die Nachbarschaft der Einrichtungen einbezogen werde, teilt Frau Gellert-Beckmann mit, dass es Teil des Leitbildes sei, institutionelle Gedanken zurückzustellen und die Menschen im Lebensumfeld zu verankern. In der Regel seien alle Einrichtungen gut vernetzt, z. B. mit Kirchen, mit der Nachbarschaft etc.



4. Förderung Aidshilfe - Erweiterung der Förderung

Frau Timm-Bergs führt aus, dass am 01.12.2015 folgender Beschluss gefasst worden sei:

1. Der Geschäftsführer der Aidsberatung, Herr Rau, darf bei der Beratung des TOP mitwirken.
2. Die Beratung über die Erweiterung der Förderung der Aidshilfe Hagen wird auf die nächste Sitzung des SOA geschoben.

Das Thema sei jedoch nicht wieder auf die Tagesordnung gekommen. Stattdessen habe die Aidshilfe den Antrag auf Erweiterung der Förderung gestellt. Sie erklärt, es seien also Fakten geschaffen worden ohne Beteiligung der Politik. Da die Beratung fehle, habe sie diesen Punkt erneut auf die Tagesordnung setzen lassen.

Frau Dr. Sommer erklärt dazu, dass im Jahre 2009 mit der Aidshilfe Hagen ein Vertrag mit klar umrissenem Aufgabengebiet geschlossen worden sei. Es sei kein Vertrag über die Finanzierung der kompletten Aidshilfe. HIV und Aids seien bedeutende Themen im Rahmen des Infektionsschutzes, bei der die Aidshilfe gute und professionelle Arbeit leiste. Das Gesundheitsamt sorge sich jedoch mehr um andere Infektionskrankheiten, wie z. B. Tuberkulose oder multiresistente Keime und hier müsse man auch sehr um die Finanzierung kämpfen. Nun sei der Haushalt beschlossen und die Mittel eingestellt. Das Gesundheitsamt sehe sich auch nach intensiver Prüfung nicht in der Lage, die Mittel aus anderen Bereichen freizustellen. Eine Erhöhung der Mittel für diese eine Infektionskrankheit sei in Anbetracht der vielen Infektionen, um die sich das Gesundheitsamt zu kümmern habe, sachlich nicht nachzuvollziehen. Sehe sich die Aidshilfe künftig nicht mehr in der Lage, den 2009 geschlossenen Vertrag zu den Bedingungen weiter zu erfüllen, müsse die Aufgabenverteilung und die Mittelzuweisung neu verhandelt werden. Das Gesundheitsamt könne die ihm gesetzlich übertragene Aufgabe auch wieder zurücknehmen.

Herr Rau macht deutlich, dass die Stadt Hagen selbstverständlich nicht den kompletten Bereich der Aidshilfearbeit finanzieren solle. Die Aidshilfe erbringe eine vertragliche Leistung, für die sie mehr Geld benötige. Er weist darauf hin, dass sie nicht nur Aidsberatungsstelle sondern auch zuständig für sexuell übertragbare Krankheiten seien. Diese nähmen derzeit massiv zu. Die Prävention zu HIV decke auch diesen Bereich ab. Der Antrag liege der Kommune und dem Ausschuss vor, daher müsse er hier nicht weiter ausführen.

Herr Stricker meint, es seien nun neue Gesichtspunkte von beiden Seiten vorgetragen worden, so dass beide die Möglichkeit erhalten sollten, sich über die



künftige Gestaltung eines Vertrages Gedanken zu machen und im Herbst solle dann darüber im Ausschuss berichtet werden.

Herr Söhnchen möchte zu seinem Verständnis wissen, ob er das richtig erkannt habe, dass Ende letzten Jahres im Ausschuss dieses Thema besprochen und dann, obwohl es im Ausschuss hätte weiter behandelt werden sollen, von der Verwaltung Fakten geschaffen worden seien.

Frau Timm-Bergs bestätigt dies. Sie erklärt, beschlossen worden sei, dass nach Antragstellung erneut im Sozialausschuss beraten werde. Der Antrag sei aber nicht mehr auf die Tagesordnung gekommen, stattdessen seien von der Verwaltung Tatsachen geschaffen worden, in dem der Antrag ohne Beratung abgelehnt worden sei. Damit sei ein Beschluss des Sozialausschusses missachtet und ein politisches Gremium ausgehebelt worden.

Frau Sauerwein teilt mit, sie habe seinerzeit nachgefragt, ob der Ausschuss einen Antrag stellen müsse. Es sei festgestellt worden, dass Herr Rau diesen Antrag an die Stadt richten müsse. Da dieses Thema nicht wieder aufgegriffen worden sei, fragt sie, ob es nun als erste Lesung behandelt werden könne und gibt zu bedenken, dass der Vertrag eine Laufzeit bis zum 30.06.2016 habe und die nächste Sitzung erst im September stattfinde.

Frau Buchholz erklärt, der Antrag hätte nicht nur vom Träger, sondern auch von der Politik gestellt werden sollen. Sie verweist auf die Aussage von Frau Dr. Sommer, das Gesundheitsamt könne die Aufgabe auch wieder übernehmen und meint, dann wäre das nötige Geld dafür auch da, weil es dann bereitgestellt werden müsse.

Herr Rau führt aus, der Antrag habe erst gestellt werden können, nachdem er in der Sitzung vom 01.12.2015 über die Notwendigkeit unterrichtet worden sei. Der Antrag vom 29.02.2016 sei aber für die Haushaltsberatungen früh genug gewesen. Neu sei für ihn, dass das Gesundheitsamt die Aufgabe auch selbst erledigen könne. Seinerzeit hätten Einsparungen die Auslagerung nötig gemacht. Die Aidshilfe habe für diese Aufgabe 1 $\frac{3}{4}$ Stellen zur Verfügung. Man könne sich ausrechnen, welche Personalkosten auf die Stadt zukämen.

Frau Cramer stellt fest, dass die Diskussion illusorisch sei, da es keinen genehmigten Haushalt gebe.

Frau Dr. Sommer stellt klar, dass die Aufgabe nicht an die Aidshilfe übertragen worden sei, weil das Gesundheitsamt sie nicht hätte übernehmen können. Herr Dr. Bent hätte das seinerzeit eigentlich anders gewollt.



Frau Kaufmann meint, dass aufgrund der seit Jahren bestehenden Kooperation doch versucht werden solle, eine Lösung für eine weitere Zusammenarbeit zu finden.

Frau Timm-Bergs schlägt vor, das Thema nach den Besprechungen wieder auf die Tagesordnung zu nehmen und dann darüber zu beraten und zu beschließen.

Frau Sauerwein ist der Auffassung, der Vertrag solle zunächst über den 30.06.2016 hinaus verlängert werden.

Herr Matzke teilt mit, dass zur Laufzeit des Vertrages geregelt sei, dass er am 01.01.2012 in Kraft trete und jeweils am Jahresende mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten gekündigt werden könne.

Herr Rau berichtet, der Vertrag sei noch nicht gekündigt, aber es sei noch nicht der 30.06.2016.

Frau Dr. Sommer erklärt, es sei nicht beabsichtigt, den Vertrag zu kündigen.

Herr Rau meint, Gespräche mit dem Gesundheitsamt würden geführt, dabei solle aber der vorliegende Antrag auch Gegenstand der Gespräche sein, ohne könne er nicht weiter machen.

Frau Timm-Bergs schlägt folgendes vor:

Die Verwaltung, Herr Huyeng und Frau Dr. Sommer, werden aufgefordert, zeitnah bis zum nächsten Sozialausschuss, ein Gespräch mit der Aidshilfe zu führen. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, eine Vorlage zum nächsten Sozialausschuss zu erstellen und vielleicht auch Kompensationsmöglichkeiten im Bereich des Gesundheitsamtes darzustellen.

Frau Fischbach stimmt dem nicht zu, da man dem Gesundheitsamt keine Kompensation vorschreiben könne.

Frau Kaufmann unterstützt die Aussage von Frau Fischbach und fügt hinzu, dass der Rat darüber entscheiden müsse. Andererseits wäre hier auch die Frage zu stellen, ob von diesem Zuschuss tatsächlich die Weiterführung der Aidshilfe abhängt. Dann müsse eine andere Diskussion geführt werden, aber auch diese mit Herrn Huyeng und Frau Dr. Sommer.

Frau Niemann meint, Frau Dr. Sommer habe bereits dargestellt, dass keine Kompensation möglich sei, eine erneute Prüfung erübrige sich daher.



Frau Timm-Bergs stellt Einvernehmen des Ausschusses fest, dass für den nächsten Sozialausschuss eine Vorlage erstellt werden solle.

5. Bericht der interfraktionellen Gruppe über die Aufnahme, Betreuung und Integration von Flüchtlingen

Frau Timm-Bergs erläutert, dass sie in Absprache mit Frau Cramer einen Antrag entwickelt habe, der auch Herrn Goldbach bekannt und der den Mitgliedern der Gruppe zugeschickt worden sei. In Kürze solle dann ein gemeinsamer Termin gefunden werden, an dem auch Herr Goldbach teilnehmen könne. Mögliche Termine würden bekannt gegeben.

6. Bericht aus dem Integrationsrat

Kein Bericht

7. Bericht aus dem Seniorenbeirat

Frau Sauerwein berichtet, dass der Seniorenbeirat über den Pflegebedarfsplan intensiv diskutiert habe. Der Arbeitskreis ÖPNV habe in den Begegnungsstätten Fragebogen ausgegeben, deren Auswertung zurzeit noch laufe. Es sei noch ein Antrag auf Überprüfung von Ampelschaltungen auf den Weg gebracht worden.

Herr Homm fügt hinzu, dass 235 Fragebögen ausgewertet werden könnten. Die Zusammenstellung erfolge derzeit. Anschließend seien Gespräche mit der Hagerer Straßenbahn geplant.

8. Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen

Herr Wirth berichtet über drei Studentenprojekte, Partizipation und Teilhabe, Werkstatträte und Quartiersentwicklung in Altenhagen. Weiter sei zum Thema Wohnen mit Handicap von der Architektin des Hohenlimburger Bauvereins referiert worden. Frau Schirmer von der Verwaltung habe Fördermöglichkeiten aufgezeigt, Frau Korflür von der Verwaltung auf die Pflege- und Wohnberatung hingewiesen und Herr Goldbach habe mitgeteilt, dass die Mietobergrenze in Einzelfällen erhöht werden könne.

Zur Umgestaltung des Tunnels Augustastraße/Bodelschwinghplatz sei die Neigung der Rampe Thema gewesen. Auch sei über die Pflegebedarfsplanung, das Wohn- und Teilhabegesetz und verschiedene Apps für sehbehinderte Menschen gesprochen worden.

Herr Wirth teilt noch mit, dass die Löwenapotheke als barrierefrei ausgezeichnet worden sei.



9. Tagesordnungspunkte der Verwaltung

9.1. Verbindliche Bedarfsplanung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen in Hagen 2016 bis 2019 nach § 7 Abs. 6 Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW) Vorlage: 0423/2016

Frau Kaufmann führt kurz in das Thema ein und Frau Gleiß stellt sodann die Vorlage vor.

Frau Engelhardt bittet um Auskunft, ob bei der Ermittlung des Bedarfs für Hohenlimburg das Bauvorhaben am alten Gymnasium bereits berücksichtigt sei.

Frau Gleiß erläutert, dass alle fest geplanten Plätze enthalten seien. Darüber hinaus bestehe aber noch Bedarf.

Frau Timm-Bergs stellt den Beschluss insgesamt zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Pflegebedarfsplan für Hagen 2016 bis 2019 wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem im Pflegebedarfsplan festgestellten Bedarf für stationäre Pflegeangebote für die Jahre 2016 bis 2019 wird zugestimmt.
3. Die Stadt Hagen macht von ihrem Recht gem. § 11 Abs. 7 Alten- und Pflegegesetz NRW Gebrauch. Eine Förderung für vollstationäre Pflegeeinrichtungen im Sinne des § 14 APG NRW, die im Zuständigkeitsbereich der Stadt Hagen liegen und zusätzliche Plätze schaffen sollen, wird von einer Bedarfsbestätigung der Stadt abhängig gemacht. Diese wird nur erteilt, wenn ein Bedarf für die Einrichtung auf der Grundlage der örtlichen verbindlichen Bedarfsplanung nach § 7 Abs. 6 APG NRW bestätigt werden kann. In der Bedarfsbestätigung kann festgelegt werden, in welchem Stadtbezirk der Bedarf besteht.



Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB			
SPD	4		
CDU	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
Die Linke			1
AfD			
FDP			
BfHo/Piraten Hagen	1		
Pro Deutschland			
fraktionslos			

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13
Dagegen: 0
Enthaltungen: 1

10. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Frau Sauerwein verweist auf Presseberichte und bittet um Mitteilung, ob es tatsächlich so schwer wie dargestellt sei, Flüchtlinge in Arbeit zu bringen. Sie regt an, von der Verwaltung hierüber berichten zu lassen.

Frau Kaufmann erklärt, ein solcher Bericht sei bereits für die nächste Sitzung nach der Sommerpause besprochen. Falls andere Stellen als das Jobcenter hierzu gehört werden sollten, solle das vorab mitgeteilt werden.

Frau Timm-Bergs schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nicht-öffentlichkeit um 17.14 Uhr fest.

Ende des öffentlichen Teiles: 17.14 Uhr



II. Nichtöffentlicher Teil

Beginn des nichtöffentlichen Teiles: 17.14 Uhr

11. Mitteilungen

Frau Kaufmann erklärt, dass die Mitteilungen den TOP 12 betreffen und daher dort zur Sprache kämen. Außerdem solle mitgeteilt werden, wo in der Stadt die jeweiligen Unterkünfte für die Flüchtlinge seien.

Herr Gierke zeigt anhand von Schaubildern und einer Straßenliste die Verteilung der Flüchtlinge im Stadtgebiet. Er führt aus, dass 363 Wohnungen zur Verfügung stünden, in denen 530 Menschen lebten. Insgesamt gebe es 1130 Plätze. Es gebe allerdings auch Gebäude, in denen mehrere Wohnungen angemietet seien. Zukünftig solle weiter gestreut werden, um Konzentrationen zu vermeiden. Er stellt noch die Verteilung der Menschen mit Migrationshintergrund in den einzelnen Stadtteilen vor.

Da die Straßenliste nicht gut lesbar ist, schlägt Frau Timm-Bergs vor, diese in der nächsten Sitzung im nichtöffentlichen Teil kurz auszulegen und dann wieder einzusammeln.

12. Tagesordnungspunkte der Verwaltung

12.1. Überprüfung der Anmietung der Gebäude Trappenweg 8 und 10 zur Unterbringung von Flüchtlingen

Vorlage: 0414/2016

Frau Kaufmann erläutert, dass die veränderten Flüchtlingszahlen dazu geführt hätten, das Projekt noch einmal auf den Prüfstand zu stellen. Die Berechnung der Zahlen bestätigten die Entscheidung, zum jetzigen Zeitpunkt von der Anmietung des Trappenwegs abzusehen. Selbst wenn die Zahlen wieder steigen würden, gebe es noch genügend Platz. Sie verweist auf Seite drei der Vorlage und auf das Fazit auf Seite sieben.

Herr Gierke gibt an, dass seit Februar die Zahlen rückläufig seien, aber sobald die Quote unter 90 % sinke, wieder Flüchtlinge zugewiesen würden.

Frau Sauerwein verweist auf die Ausführungen in der Vorlage, dass dezentrale Unterbringung personalintensiver sei und fragt, wie die Personalsituation derzeit aussehe.

Herr Gierke erklärt, es sei deutlich mehr Personal dazu gekommen, so dass man augenblicklich gut aufgestellt sei. Es gebe aber immer wieder Probleme



beim Aufsuchen in den Wohnungen und in Bezug auf Beschwerden aus dem Umfeld.

Frau Timm-Bergs stellt den Beschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss des Rates der Stadt Hagen vom 18.02.2016 zunächst nicht umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
OB			
SPD	4		
CDU	5		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
Die Linke	1		
AfD			
FDP			
BfHo/Piraten Hagen	1		
Pro Deutschland			
fraktionslos			

Einstimmig beschlossen

Dafür: 14
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0

13. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Keine

Ende des nichtöffentlichen Teiles: 17.31Uhr

C. ANWESENDE

Name	Bemerkungen
Frau Marianne Cramer	
Frau Hanne Fischbach	



Frau Corinna Niemann

Herr Tobias Fischer

Frau Nele Keweloh

Frau Anja Engelhardt

Herr Günter Stricker

Frau Ramona Timm-Bergs

Herr Oliver Beuth

Frau Ruth Sauerwein

Frau Sabine Jochheim

Herr Dennis Quadt

Herr Sven Söhnchen

Herr Ralf Sondermeyer

Frau Birgit Buchholz

Herr Meinhard Wirth

Frau Mechthild Weickenmeier

Herr Gerd Homm

Herr Christian Schmidt AIDS-Hilfe Hagen - Gast

Herr Andreas Rau AIDS-Hilfe Hagen - Gast

Timm-Bergs
Vorsitzende

Liley
Schriftführerin

